



OLAF KISTENMACHER

»Gegen den Geist des Sozialismus«
Anarchistische und kommunistische Kritik der
Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer
Republik

ça ira | Freiburg/Wien 2023
156 Seiten, Französisch Broschur | 23,00 €
ISBN 978-3-86259-146-6

rezensiert von

MARIO KEBLER, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Vor acht Jahren erschien Olaf Kistenmachers Bremer Dissertation »Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung »Die Rote Fahne« während der Weimarer Republik«. ¹ Das Buch wurde in der Fachwelt und der Öffentlichkeit insgesamt positiv rezipiert, obwohl der weitgehende Verzicht auf Archivquellen auffiel. Im nun vorliegenden Buch knüpft der Autor an sein damaliges Forschungsthema an, wechselt jedoch die Perspektive: Nunmehr stehen im Zentrum der Analyse die Kritiker der KPD, insbesondere Anarchisten, aber auch die innerparteiliche Kritik an der, laut Kistenmacher, »Judenfeindschaft« in der KPD.

Das Buch setzt nach einer kurzen Erwähnung der Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) und ihrer Protagonisten Fritz Wolffheim und Heinrich Laufenberg intensiver erst in der zweiten Phase der KPD-Geschichte ein, im Jahr 1923. Die ersten innerparteilichen Kritiker wie Paul Levi, dem einige antisemitisch gefärbte Schmähungen hinterhergerufen wurden, hatten die Partei da bereits verlassen. Diese hatte sich mit der unvermeidbaren Annahme der 21 Bedingungen der Komintern einem rigiden, mehr noch als von Lenin durch den Komintern-Vorsitzenden Sinowjew geprägten Verständnis von Politik unterworfen. Noch aber war die innerparteiliche Diskussion keineswegs ganz abgetötet, und auch spätere bizarre Politik-Rituale, so der Huldigung der jeweiligen Parteiführer, lagen noch in der Zukunft.

Das Jahr 1923 war ein Schlüsseljahr in der deutschen Geschichte, in der das Schicksal der Weimarer Republik auf der Kippe stand. Die permanente Krisenstimmung führte zur Verstärkung des latenten Antisemitismus, galten doch die Juden nun nicht mehr nur – fälschlicherweise – als Profiteure der Krise und als Kriegsgewinnler, galt die deutsche Republik bei ihren rechten Feinden nicht nur als Judenrepublik, sondern das janusköpfige Zerrbild des jüdischen Kapitalisten und jüdischen Bolschewiken wurde von der rechtsradikalen Propaganda überdimensional aufgeblasen. Die Arbeiterklasse erwies sich noch am ehesten immun gegenüber diesem

¹ Olaf Kistenmacher, Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung »Die Rote Fahne« während der Weimarer Republik, Bremen 2016.

Propaganda-Monster. Die machtvollen Demonstrationen aller Arbeiterparteien im Jahr zuvor, mit denen sie gegen den Mord am jüdischen Reichsaußenminister Walther Rathenau protestierten, legten davon Zeugnis ab.

Dennoch zeigte sich auch die Linke, insbesondere die von Kistenmacher untersuchte KPD, gegenüber dem Antisemitismus nicht immun. Sie nahm ihn zudem als eigenständige Größe innerhalb der deutschen Gesellschaft nur unzureichend wahr. Hingegen suchte sich die KPD als nationale Kraft im Widerstand gegen Frankreich zu präsentieren und keinen Nihilismus in der nationalen Frage zuzulassen. In diesem Sinne pries Karl Radek den von französischen Truppen im Ruhrgebiet hingerichteten rechtsradikalen Untergrundkämpfer Leo Schlageter als mutigen Soldaten der Konterrevolution, der von den Soldaten der Revolution zu würdigen sei. Radek gab sich überzeugt, dass die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehöre. Daran anschließend öffnete »Die Rote Fahne« ihre Spalten für zwei Beiträge des völkischen Nationalisten Ernst Graf Reventlow, die auch als Broschüre erschienen, gemeinsam mit Radeks Rede sowie Aufsätzen des Kommunisten Paul Frölich (und, wie ergänzt sei, des neokonservativen Nationalisten Arthur Moeller van den Bruck). Dies leitete eine Reihe von Versammlungen ein, auf denen kommunistische und völkische Redner gemeinsam auftraten. Besonders tat sich der KPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele hervor, der sich nicht scheute, Anfang August 1923 auf einer Versammlung der NSDAP zu sprechen. »Wie dieser Antisemitismus entsteht«, rief er laut einem Bericht der »Roten Fahne« aus, »kann ich ja sehr leicht begreifen. Man braucht nur einmal auf den Stuttgarter Viehmarkt, nach dem Schlachthof zu gehen, um dort zu sehen, wie Viehhändler, die größtenteils zum Judentum gehören, zu jedem Preise das Vieh aufkaufen, während die Stuttgarter Metzger wieder leer abziehen müssen, weil sie einfach nicht so viel Geld haben, [um] Vieh kaufen zu können. (Sehr richtig! bei den Faschisten.)« (zit. nach S. 33) Wie Kistenmacher detailliert zeigt, verwendete die KPD-Presse den Begriff des »Volkes« als Schlüsselkategorie, um die Zustände in Deutschland anzuprangern. Doch damit desorientierte die KPD die eigenen Genossen, während die nationalistische Rechte nur höhnisch Beifall spendete oder ablehnend reagierte.

Dabei verurteilte die Partei weiterhin den Antisemitismus. Dessen Stoßtrupps bestünden aus deklassierten Offizieren, Studenten, Sekundanern, Lockspitzeln und sonstigem Gesindel, schrieb die KPD-Presse ein um das andere Mal. Die Finanzierung der antisemitischen Hetze würde größtenteils das industrielle und agrarische Großkapital besorgen, das im antisemitischen Lumpenproletariat einen Schutz gegen die soziale Revolution sehe. Doch fanden sich, wie aussagekräftige Illustrationen zeigen, immer wieder auch antijüdische Karikaturen, auf denen etwa zufrieden lächelnde, stereotyp gezeichnete jüdische Kapitalisten einer Nazidemonstration Beifall spendeten (S. 36).

Einigen Raum widmet Kistenmacher Ruth Fischer. Sie machte auf ihrem Weg an die Spitze der KPD vor populistischer Stimmungsmache nicht Halt, wobei sie auch antisemitische Klischees einsetzte. In einer Rede, der kommunistische wie völkische Studenten zuhörten, stellte sie am 25. Juli 1923 fest, wer »gegen das Judenkapital« aufrufe, sei »bereits Klassenkämpfer.« (zit. nach S. 31) Nachdem der Rätekommunist Franz Pfemfert auf diese Rede aufmerksam gemacht hatte, zitierte auch die SPD-Zeitung »Vorwärts« sie und vergaß nicht den Hinweis, dass Ruth Fischers bürgerlicher Name Elfriede Friedländer lautete (S. 40). Der Anarchist Rudolf Rocker warnte davor, solche »Vorgänge in ihrer Tragweite unterschätzen zu wollen. Hier waren furchtbare Kräfte an der Arbeit, die durchaus nicht harmlos sind, sondern eine furchtbare Gefahr für die allernächste Zukunft dieses Landes bedeuten.« (zit. nach ebd.) Der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler, von seinen innerparteilichen Gegnern als Rechter bezeichnet, suchte ebenso wie August Thalheimer und Clara Zetkin dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken. So schrieb Clara Zetkin Ende März 1924 aus Moskau an den bevorstehenden IX. Parteitag der KPD: »Die radikalisierten Parteimassen werden zum größten Teil von revolutionären Gefühlen und Stimmungen beherrscht, sie sind grundsätzlich nicht geschult, nicht klar und fest. Die »linke« Parteimehrheit vereinigt brüderlich reichlichst KAPisten, Syndikalisten, Antiparlamentarier, bei Lichte besehen – horrible dictu – sogar Reformisten und neuerdings – faschistische Antisemiten.« (zit. nach S. 51)

All dies bewies die völlige Unterschätzung des Antisemitismus, auch des akademischen Rechtsradikalismus, durch Teile der KPD. Beide Arbeiterparteien, auch die SPD, reagierten recht spät auf das Pogrom gegen jüdische Kleinhändler und Subproletarier Anfang November 1923 im Berliner Scheunenviertel. Die Erfahrung der jüngsten Geschichte hätten indes gerade die KPD mahnen sollen: Die Revolution von 1918/19 war zur Geburtsstunde der mörderischen Losung vom »jüdischen Bolschewismus« geworden. Antikommunismus und Antisemitismus gingen seitdem Hand in Hand. Doch die Mystifizierung der angeblich nur irgeleiteten, doch potentiell revolutionären Massen vernebelte nicht nur Ruth Fischer und ihrem damaligen Bündnispartner Hermann Remmele den Blick. Mit dem Parteiausschluss der von Ruth Fischer angeführten Richtung traten ab 1925 die antisemitischen Stimmen innerhalb der KPD zurück, ohne ganz zu verstummen. Clara Zetkins Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht. Denn anders als in der Sowjetunion, deren innere Entwicklung Kistenmacher in gebotener Kürze behandelt, wurde der Antisemitismus innerhalb der KPD kein Mittel in Fraktionskämpfen.

In der existentiellen Krise der Weimarer Republik ab 1929/30 verhielt sich die KPD zunächst auffallend defensiv gegenüber der von den Nationalsozialisten verbreiteten Behauptung, sie sei jüdisch durchsetzt und ihr Marxismus ein von Hebräern ausgeklügeltes Instrument zur Zersetzung der germanischen Rasse. Die KPD sah im Judenhasse nur ein nazistisches Ablenkungsmanöver. Hitlers Antisemitismus sei nicht genuin, sondern lediglich ein Schwindel. Jüdische Bankiers seien ebenso wie »arische« Unternehmer Nutznießer des Hitlerfaschismus, denn Kapital bleibe Kapital. All dies zeigte erneut die Ignoranz der Partei gegenüber den vielschichtigen Dimensionen des Judenhasses.

Am weitesten entfernt schien jedoch die Auseinandersetzung zwischen Juden und Arabern in Palästina. Der erste arabisch-jüdische Bürgerkrieg in Palästina, der im August 1929 Hunderte von Menschenleben auf beiden Seiten kostete, war für die KPD-Führung der einzige Anlass, zum politischen Zionismus Stellung zu nehmen. Am 24. und 25. Oktober 1929 behandelte das Zentralkomitee der KPD die Ereignisse. Im Referat zum Tagesordnungspunkt gab Hermann Remmele zu, »innerhalb der Partei« sei wenig Kenntnis darüber vorhanden, welche Rolle in Palästina die Komintern spiele. »Unsere Partei« habe »in Palästina 160 Mitglieder, davon 30 Araber, die anderen 130 Zionisten.« Deswegen sei es ganz klar, dass die KP Palästinas »nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber.« (zit. nach S. 103) Ganz abgesehen von der pauschalen Kategorisierung von »Juden« und »Arabern« ohne Verweis auf die Klassenlage bestürzt in Remmeles Referat vor allem die Unterstellung, die jüdischen Parteimitglieder seien Zionisten. Auch ohne Kenntnis der inneren Lage der illegal arbeitenden KP Palästinas hätte ein Blick in die »Inprekorr«, die internationale Zeitung der Komintern, genügt, um zu sehen, dass gerade die jüdischen Kommunisten inner- wie außerhalb Palästinas die schärfsten Gegner des Zionismus waren. Die Uninformiertheit, aber wohl auch Desinteresse und mangelnde Sensibilität der ZK-Mitglieder an dieser für die internationale Politik wahrlich nicht peripheren Problematik zeigte sich darin, dass niemand diesen falschen Aussagen widersprach. »Aus Zeitgründen« fand keine Diskussion darüber statt. Die Palästina-Berichte der »Roten Fahne« waren entsprechend einseitig. Da es im Buch um die Kritik der KPD-Politik geht, wäre hier ein Blick auf sozialdemokratische und oppositionell-kommunistische Publikationen geboten gewesen, in denen diese Probleme oftmals weit klarer wahrgenommen wurden.

Das Buch vermittelt ein plastisches Bild der widersprüchlichen Haltung der KPD zum Antisemitismus. Dennoch erscheint dem Rezensenten der Terminus »Judenfeindschaft« hier übertrieben. Die KPD wies, wie auch die SPD, alle rassistischen Deutungen der sogenannten jüdischen Frage zurück, die die zeitgleich im bürgerlichen politischen Spektrum immer mehr an Boden gewannen. Die jüdische Frage war für die Arbeiterparteien die Frage nach gleichberechtigter Teilhabe der Juden am Leben Deutschlands. Es war deshalb logisch, dass Hitler und die Seinen zuerst die Arbeiterbewegung zerschlagen mussten, bevor sie an das grauenvolle »Werk« der Judenvernichtung gingen.

Zitierempfehlung

Mario Keßler, Rezension zu: Olaf Kistenmacher, »Gegen den Geist des Sozialismus«. Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, ça ira, Freiburg/Wien 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81990.pdf>> [14.5.2024].